

Die schwarzen Listen.

Entschiedener Protest Amerikas.

W Köln, 1. August.

Die Köln. Ztg. meldet aus Washington: Die Antwort der Vereinigten Staaten auf das System der schwarzen Listen besagt, die Einrichtung der eine Achtung aussprechenden schwarzen Listen sei von Volk und Regierung mit schmerzlicher Ueberdrückung aufgenommen worden. Sie scheine der Regierung eine Politik willkürlicher Einmischung in den neutralen Handel darzustellen, gegen die in den verschiedensten Ausdrücken zu protestieren, ihre Pflicht sei.

Der Umfang und die Wirkung dieser Politik seien außerordentlich. Nach demselben Grundsatz könnten Amerikaner in den Vereinigten Staaten der Bestrafung unterworfen werden wie einheimische geschäftliche Unternehmungen, falls sich nur ergäbe, daß sie mit einem ihrer eigenen Landsleute Handel treiben, dessen Name auf der Liste stehe. Die Regierung der Vereinigten Staaten erlaube sich, die englische Regierung daran zu erinnern, daß Bürger der Vereinigten Staaten durchaus innerhalb ihrer Rechte blieben, wenn sie versuchten, mit der Bevölkerung oder der Regierung irgendeiner der kriegsführenden Nationen Handel zu treiben. Sie seien dabei nur den fest bestimmten internationalen Uebungen und Vereinbarungen unterworfen, die die englische Regierung, wie es der Regierung der Vereinigten Staaten scheine, zu leicht genommen und so häufig mißachtet habe.

Die Einführung der schwarzen Listen schiebe diese Schutzbestimmungen beiseite. Sie verurteile ohne Verhör und ohne vorherige Ansage und von vornherein. Es stehe ganz offenbar außer aller Frage, daß die amerikanische Regierung sich nicht bei solchen Methoden oder Strafhandlungen gegen ihre eigenen Bürger beruhigen könne. Die englische Regierung könne von ihr nicht erwarten, daß sie darin einwillige, daß Namen ihrer Bürger auf eine parteiische Liste gesetzt werden, ohne die Aufmerksamkeit der englischen Regierung in ernstester Form auf die vielen bedenklichen Folgen für die neutralen Rechte und die neutralen Beziehungen zu lenken, die ein derartiges Vorgehen notwendigerweise nach sich ziehen müsse.

Die amerikanische Regierung hoffe und glaube, daß die englische Regierung in ihrer naturgemäßen Inanspruchnahme durch einen einzelnen dringenden Gegenstand ohne volle Erkenntnis und ohne Rücksicht auf die mancherlei unerwünschten und nicht wünschenswerten Ergebnisse, die eintreten können gehandelt habe.